



Erfassung, Reaktivierung der Wehrpflicht oder gar eine allgemeine Dienstpflicht?

Junge Menschen sollen gegen ihren mehrheitlichen Willen „kriegstüchtig“ gemacht werden

An dem Tag im November, der abends das Aus der Ampelregierung sah, passierte es noch das Kabinett: Das „Gesetz zum Neuen Wehrdienst“. Ob es jetzt noch weiter verfolgt werden wird, ist bei Redaktionsschluss dieses Rundbriefs unklar, doch vieles spricht dagegen, denn FDP¹ wie CDU² lehnen es ab. Das Vorhaben sollte die Wehrrfassung wieder installieren, die es seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 nicht mehr gibt. Mittels eines für junge Männer verpflichtenden Fragebogens sollte die Bereitschaft und Fähigkeit zum Wehrdienst abgefragt und geeignete Kandidat*innen dann zu einer Musterung für einen zwischen sechs und 23 Monate betragenden Wehrdienst eingeladen werden. Ziel des Gesetzes: Eine „wesentliche Voraussetzung dafür [zu schaffen], bei einer Reaktivierung der Wehrpflicht im Spannungs- und Verteidigungsfall unmittelbar auf einen belastbaren Datenbestand und bestehende administrative Strukturen zurückgreifen zu können.“³ Bis 2031 sollte die Zahl der Soldat*innen von derzeit 180.000 auf 203.000 erhöht und eine Reserve mit derzeit rund 60.000 auf bis zu 260.000 Frauen und Männern gebildet werden.⁴

Die CDU möchte lt. Presseberichten eine „echte Wehrpflicht“. Sie und auch Teile der SPD befürworten seit Jahren gar die mittelfristige Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht mit dem beschönigenden Namen „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“ für alle Geschlechter. Zur Bundeswehr eingezogen sollten dann nur diejenigen werden, „die die Bundeswehr wirklich braucht“. Alle anderen

1 <https://www.fdp.de/absage-allgemeine-wehrpflicht>

2 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-11/ampelkoalition-wehrdienst-boris-pistorius-union>

3 ebda.

4 <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/wehrpflicht-pistorius-kabinett-beschluss-wehrdienst-100.html>

Foto links:

Die Jugend will früh gewonnen werden, wie hier beim Tag der Bundeswehr 2013. Die Gesichter der Kinder haben wir, nicht die Bundeswehr, verpixelt.
© Bundeswehr, Wir.Dienen.Deutschland., CC BY-ND 2.0

Foto rechts:

Protest gegen den Tag der Bundeswehr 2015.
© Netzwerk Friedenskooperative, CC BY-NC 2.0



© C. Werner

Autorin:

CHRISTINE SCHWEITZER

ist Geschäftsführerin beim BSV und u.a. auch Redakteurin der Zeitschrift Friedensforum.

Foto links:
Postkarte
© <https://www.bundeswehrabschaffen.de/pazifistische-aktionen/adbusting>



Foto rechts:
Protest gegen den Tag
der Bundeswehr 2015.
Er wird auch veranstaltet,
um Menschen für die
Bundeswehr zu gewinnen.
© Martin Behrsing,
Netzwerk
Friedenskooperative,
CC BY-NC 2.0

sollten dann andere Dienste leisten.⁵ Beides würde eine Verfassungsänderung erfordern, für die eine Regierung eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat braucht.

Bedenken

Beim renommierten Ifo Institut ist zu lesen, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht „gesamtwirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe verursachen“ könnte. Eine Wehrpflicht im Rahmen eines sozialen Pflichtjahres würde jährlich wirtschaftliche Kosten verursachen, die den gesamten Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt und dem Sondervermögen Bundeswehr im Jahr 2024 zusammen entsprechen.⁶

Gegen Wehrpflicht wie Dienstpflicht gibt es auch verfassungsrechtliche Bedenken. Einer Praxis, die nur einen Teil der Wehrpflichtigen einberuft, steht das Prinzip der sog. „Wehrgerechtigkeit“ entgegen. Außerdem widerspricht es nach Art. 3 GG der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, wenn nur Männer zum Kriegsdienst einberufen werden.⁷ Eine Allgemeine Dienstpflicht mit Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen „Diensten“ könnte gegen das Verbot eines Arbeitsdienstes (s. Art. 12a GG und die Europäische Menschenrechtskonvention Art 4.) verstoßen.⁸

Zustimmung bei Wähler*innen aller Parteien, nur nicht bei den Betroffenen

In einer Umfrage vom März 2024 waren 52% der Bundesbürger*innen für eine Wehrpflicht. Aber nicht diejenigen, die direkt betroffen sind: Bei den 18- bis 29-Jährigen sind 59 Prozent gegen einen militärischen Pflichtdienst, bei den jüngeren Frauen sogar 68 Prozent.⁹ Dazu passt auch, dass die Zahlen derjenigen, die vorsorglich eine Kriegsdienstverweigerung erklärt haben, seit 2022 stark gestiegen sind. Nach Zahlen der Bundeswehr sind bis zum 31.8.2024 bislang 2.053 Anträge eingegangen, davon 1.268 von Ungedienten und 693 von Reservisten. 2023 waren es insgesamt 1.609 Anträge, 2022 1.100.¹⁰

Es ist an der Zeit, schon jetzt Kritik anzumelden und gegen das Kriegstüchtig-Machen der Jugend zu argumentieren und zu protestieren.

5 <https://www.cdu-parteitag.de/artikel/wehrpflicht-kommt-zurueck>

6 <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2024-07-10/wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht>

7 <https://verfassungsblog.de/wehrpflicht-demnachst-auch-fur-frauen/>

8 <https://www.juwiss.de/73-2018/>

9 <https://www.stern.de/politik/wehrpflicht-umfrage--vor-allem-eine-altersgruppe-ist-dagegen-34533922.html>

10 <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/personal/-aktuelles/faktencheck/kdv-antraege-5647366>